

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgewerth 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außersächsisch Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenblatt 30 Goldpfennig, einsch. Umhängebogen, Schwärzeger und tabellarischer Saum mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 131.

Dienstag, den 3. November 1931.

34. Jahrg.

## Frankreichs „unvergleichliches Ansehen“.

Sieht das nach Verhängnis aus?

Der deutsche Vorkämpfer in Paris von Joseph ist nach Entgegennahme von Anweisungen durch die Reichsregierung an seinen Verhängnis zurückgekehrt. Er wird von der Führung mit dem französischen Ministerpräsidenten aufnehmen, um zu hören, was dieser aus Amerika mitgebracht hat. Allerdings wird ihm Laval die Hooverischen Vorschläge wohl erst servieren, nachdem sie durch das französische Kabinett die Frankreich genehme Fassung erhalten haben. Es hat den Anschein, als ob Frankreich aus den Vorschlägen Hoover's für sich den Auftrag entnimmt, die europäischen Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Es dürfte diese Auffassung dazu beitragen, seine Hegemoniebestrebungen in Europa noch mehr zu verstärken und die anderen europäischen Staaten, besonders Deutschland, werden gut tun, sich darauf zu achten, daß ihnen das Geheiß des Handels nicht von Frankreich aus den Händen genommen wird und sie auf Wens gerichtet werden, deren Ziel letzten Endes nur die „Zerlegung“ Frankreichs ist. Frankreich, so hat Laval erklärt, müsse jetzt sein unvergleichliches Ansehen ausnutzen, das es zurzeit in der Welt genießt. Das klingt höchst verständig und mahnt zur Vorsicht. Was sonst an Stimmen über die wahrheitsgemäße weitere Politik Frankreichs in der Reparationsfrage aus Paris zu uns dringt, sieht doch nicht gerade danach aus, als ob die „Zerlegung“ so ganz leicht und schmerzlos für Deutschland vor sich gehen solle. Zu der angeblichen Absicht Laval's, den größeren Teil der Tribute weiterhin durch Sachlieferungen zahlen zu lassen, verläuft aus Paris, daß diese Sachlieferungen insbesondere für die Durchführung eines Kolonialprogramms im großen Stil Verwendung finden sollen. Am liebsten möchte man den französischen Vorschlägen zu unterliegen, was beim Besuch in Berlin nicht gesehen ist, so bestünde Grund zu der Annahme, daß man französischerseits noch einmal zu einem Versuch bereit sein werde, eine wirkliche und dauernde Annäherung herbeizuführen.

Aus dieser Verlautbarung klingt deutlich die Absicht Frankreichs hervor, jedes wirtschaftliche Zugeständnis mit politischen Forderungen zu verknüpfen. Dies dürfte eine „politische und dauernde Annäherung“ allerdings nicht gerade erleichtern. Auch der geradezu frivole Ton, mit dem ein Teil der Pariser Presse über die bittere Not Deutschlands spricht, zeigt, daß große Teile der Franzosen in gefährlichem Dünkel noch nichts aus dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft gelernt haben. So wirft eine Pariser Zeitung die Frage auf, wie es möglich gewesen sei, daß das ausländische Kapital nicht weniger als 28 Milliarden Mark in Deutschland angelegt habe. Im allgemeinen pflegen die Banken doch nur reichen und sicheren Leuten Geld vorzuschreiben. Ihre Großzügigkeit gegenüber Deutschland sei daher unbegründlich. Man wisse jetzt wenigstens, wo das Geld der englischen und amerikanischen Später geliebten sei. Man habe es dazu benutzt, um in Deutschland großzügige Anstalten zu errichten, attraktivere Arbeiterhäuser zu bauen, Verkehrswege anzulegen und hochmoderne Fabriken zu schaffen. Die ausländischen Mittel hätten also dazu gedient, die deutsche Wirtschaft übermäßig auszurüsten. Vermutlich habe Deutschland seine Missfoberechnung vorher aufgestellt, wenn die Weltanschauung sich in die Richtung wendete, sei das Reich in der Lage, überall die Weltbewerber auszurüsten, nehme sie jedoch eine unangenehme Wendung, dann stelle sich Deutschland einfach auf den Standpunkt, daß es von seinen Kriegsschulden befreit und mit neuen Krediten unterfüttert werden müsse. Der letztere Fall sei jetzt eingetreten.

Das ist, wenn man bedenkt, mit denen Frankreich die Verhandlungsverhandlungen einleitet, sie können nicht nach Friedensgedanken. Die deutschen Intermediäre mögen auf der Hut sein. Sie sind gewarnt!

## Lavals Ankunft in Paris.

Ministerpräsident Laval ist in Paris eingetroffen. Sowohl im Bahnhofsgebäude selbst wie vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, die den Ministerpräsidenten freundlich, jedoch ohne Begeisterung begrüßte. Da die feierliche polizeiliche Abfertigung und das Gedränge auf dem Bahnhof die ganze kurze Begrüßungszeremonie kaum beobachten ließ, wurden nur vereinzelte Notizen laut. Unter den Anwesenden bemerkte man die Mitglieder des Kabinetts mit Ausnahme des sich noch auf seinem Landgut befindenden Außenministers Briand sowie einige Mitglieder des Diplomatischen Korps. Der deutsche Vorkämpfer von Joseph ist mit dem Norddeutschen in Paris eingetroffen. In seiner Vertretung hat Vorkämpfer Dr. Förster auf dem Friedhof Bagneur Montrouge zum Gedächtnis der im Weltkrieg auf französischem Boden gefallenen deutschen Frontkämpfer einen Kranz niedergelegt.

## Zuerst Regelung der Privatschulden.

Die in der Reichshauptstadt aus Paris vorliegenden Meldungen lassen jetzt deutlich die Absicht Lavals erkennen, die Behandlung der Tributfrage nur auf der Grundlage des Youngplans zuzulassen. Das bedeutet, daß die französische Regierung auf der Einberufung des Sonderausschusses der VSG, dessen Kompetenzen nicht ausreichen, um zu einer Totallösung des Sonderproblems zu gelangen. Einstweilen werden in der Wilhelmstraße diese eindeutigen Pariser Meldungen kommentarlos registriert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß über Reparationsfragen verbindlich erst dann gesprochen werden kann, wenn die Stillhaltefragen so gelöst sind, daß die deutsche Wirtschaft wieder volle Bewegungsfreiheit erhält. In diesem Zusammenhang findet in politischen Kreisen eine Meldung von Bord der „Isle de France“ Beachtung, nach der

Laval beabsichtigt, im Dezember eine Konferenz der Gläubiger Deutschlands nach Biarritz einzuberufen. Der Kurs der deutschen Außenpolitik scheint offenbar in der Richtung, auf einer großen internationalen Schulden- und Reparationskonferenz zunächst die Frage der kurzfristigen Kredite vordringlich behandeln zu lassen. Eine einfache Vertagung des Zahlungstermins würde selbstverständlich keine tragbare Lösung darstellen. Es muß vielmehr dafür Sorge getragen werden, daß die Rückzahlung und Verzinsung der kurzfristigen Kredite auf einen so langen Zeitraum ausgedehnt wird, der eine Erschütterung der deutschen Wirtschaft vermeidet. Es liegen hier bereits verschiedene Vorschläge vor, von denen einer von Geheimrat Schömy von der I. G. Farben stammt; zwei weitere Pläne französischen und belgischen Ursprungs glauben, Deutschland jährlich mit einer Milliarde für die Tilgung der Kredite belastet werden könnte.

## Deutscher Tilgungsvorschlag.

In politischen Kreisen verläuft, daß ein solcher Vorschlag dahin gehen wird, sieben Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von zehn Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzahlen. Insgesamt werden die schwebenden kurzfristigen Kredite auf rund 11,5 Milliarden Mark gehöhrt, davon laufen aber 4,5 Milliarden entweder als Rembourskredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus vollwirtschaftlichen Gründen entziehen müssen. Für die restlichen 7 Milliarden muß ein Zahlungsmodus gefunden werden, der mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden kann.

## Demonstrationsverbot für ganz Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat alle Anträge und Demonstrationen unter freiem Himmel für ganz Preußen von heute ab bis auf weiteres verboten.

## Das große Räffelrazen.

Nach dreiwöchiger Abwesenheit hat der französische Ministerpräsident Laval den Boden seiner Heimat wieder betreten und er hat bereits ankündigen lassen, daß die französische Politik sehr schnell aus den Ergebnissen seiner Washingtoner Reise alle Folgerungen ziehen werde. Diese Ergebnisse sind, auf eine kurze und ganz unpolitische Formel gebracht, vor allem die, daß Frankreich in der Verhandlung der Reparationsfragen und hinsichtlich der interalliierten Schulden völlig freie Hand hat. Auch hinsichtlich der Reparationsfrage, denn theoretisch ist Frankreich zwar verpflichtet, auf Grund des Mellon-Vergleichens allmählich seine Schulden aus dem Weltkriege an Amerika allmählich abzugeben, aber in Wirklichkeit wird Amerika von Frankreich an der Hand der 600 Millionen Dollar kurzfristig fälliger Anlagen gehalten, die man von Paris aus täglich kündigen oder, je nach der politischen Situation, auch streichen lassen kann. Wenn also Frankreich sich als „uninteressiert“ an der Entscheidung der Reparationsfrage erklärt, so erfolgte das, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Reichsregierung unseren Pariser Vorkämpfer von Joseph bei seinem Aufenthalt in Berlin auch nur die Weisung mit auf den Weg gegeben konnte, dieser von Frankreich absolut keine herbeizuholen Bedingung zu fragen. Soviel hat in nicht bloß erreicht, daß ein Eingreifen Hoover's in die Reparationsfrage, wie er es durch sein Amt und durch durchgesetzte „Feierjahre“ veranlassen, in Zukunft völlig unterbleibt, sondern er hat sich hinsichtlich der amerikanischen Forderungen an die interalliierten Schuldner restlos dem französischen Vorgehen auch für die Zukunft ziemlich unbedingt unterworfen. Man kann dies vielleicht zunächst in der Formel zusammenfassen, daß man sagt, die Franzosen werden keinen Pfennig der interalliierten Schulden an Amerika bezahlen, den sie nicht vorher von Deutschland erhalten haben. Das war ja auch bisher schon der Fall, weil im Young-Plan die interalliierten Schulden unmittelbar mit den deutschen Tributleistungen verknüpft waren; aber die Entscheidung war auch der Young-Plan wieder ein Übertritt, die rechtlich für Amerika nicht bestand, waren doch auch die Zahlungen Deutschlands an Amerika ausdrücklich von diesem Plan ausgenommen und erfolgten auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern. Nun kann man vielleicht als das westpolitische Ergebnis der Reise Lavals das amerikanische Zugeständnis betrachten, hinsichtlich der Höhe der Regulierung und etwa der Herabsetzung der interalliierten Schulden durch eine Revision des Young-Plans auf französisches Diktat hin von vornherein mit allem einverstanden zu sein. Laval bringt also die Gewißheit mit nach Hause, daß die Franzosen die Herren der Reparationsregelung sein werden.

Das sind je natürlich nur theoretisch, weil die Möglichkeit der Umwälzung deutscher Tributleistungen hier die Grenze für das Diktat oder auch nur für das Einwirkbare zieht. Man kann und darf deutscherseits allerdings kaum daran zweifeln, daß die französische Regierung bei diesem Diktat sich zunächst einmal an die Bestimmungen des Young-Plans selbst halten wird, daß also Deutschland, um eine Diskussion über die Erfüllung oder die Unmöglichkeit dieses Planes in Gang zu bringen, die Einberufung des dort vorgeschriebenen Sachverständigenausschusses herbeiführen soll. Laval selbst hat dies ausdrücklich erklärt. Er ankerte noch während seiner Rückreise nach Frankreich, die „normale Methode des jetzigen Moratoriums solle durch eine gesetzliche Regelung, nämlich die im Young-Plan vorgezeichnete“ werden, und er habe „das Ende der Hooverischen Moratoriums und der Erhebung durch die Bestimmungen des Young-Plans ins Auge gefaßt“. Das ist nicht bloß absolut klar und unabweislich, sondern darüber hinaus auch eine Weisung für Deutschland, den Weg des Young-Plans zu beschreiten, wenn es überhaupt zu Verhandlungen über die Reparationsfrage kommen will.

Und wir Deutsche werden uns wohl auch deswegen diesen Weg des „Rechts“ — des gesetzlich, im Saag festgelegt und theoretisch niemals außer Kraft gesetzten — natürlich — schon deswegen kaum erwehren können, weil im Haager Protokoll die bekannte „Sanktionsandrohung“ abgehandelt wurde für den Fall, daß Deutschland oder irgendeine andere Regierung etwas unternähme, „was den Willen erkennen lasse, den Young-Plan zu zerstoren“. Derartige haben wir einmal unterzeichnet, aber es gibt keine deutsche Regierung, die das gleiche bei einer offiziellen Abänderung des Young-Plans, bei einem



zweiten „Neuen Plan“ tätige oder tun könnte. Vermag doch die französische Regierung, auf diesem Wege Einfluß auszuüben auf die innenpolitische Gestaltung in Deutschland und man weiß, wie sorgsam diese von Paris aus überwacht wird. So weit sind wir denn aber doch noch nicht, daß wir uns neben der finanz- und kreditpolitischen auch eine sozialpolitische und geistige Herrschaft Frankreichs über Deutschland gefallen ließen!

## Rüstungsfeierjahr mit Rüstung.

Das Rüstungsfeierjahr, dem nacheinander auch von Deutschland zugestimmt worden ist, geht auf eine Anregung des italienischen Außenministers Grandi in der Bundesversammlung des Völkerbundes vom September zurück, die dann von den skandinavischen Staaten sowie Holland und der Schweiz zu einem direkten Vorschlag ausgearbeitet wurde. Der Vorschlag, der u. a. vorlag, daß auch keine Neu- und Ergänzbauten für die Marine vorgenommen werden dürften, sofern sie nicht bereits geplant waren, enthält eine formelle Verpflichtung aller Völkerbundstaaten. Er stieß jedoch auf erheblichen Widerstand der französischen Gruppe. Den vereinten Anstrengungen der übrigen Staaten, insbesondere Deutschlands, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten, gelang es jedoch, den französischen Widerstand abzuwehren. Allerdings konnte man sich nur auf die allgemeine Verpflichtung einigen, die „Gesamtanstrengungen auf dem Rüstungsgebiet bis zum 1. November 1932 nicht zu erhöhen“. Ergänzbauten usw. sind daher auch innerhalb des Rüstungsfeierjahres unbegrenzt möglich. Nicht einmal der Waffstillstand der Sanitätsleistungen in den gegenwärtigen Stand wurde als verbindend anerkannt. Der militärische Wert des Rüstungsfeierjahres ist somit gleich Null. Dagegen glaubt man, daß in ihm immerhin ein politischer Wert liegt. Dieser Wert liegt u. a. auch darin, daß eine endgültige Festlegung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand einer Vereinfachung des gegenwärtigen Rüstungsstandes auf der Abrüstungskonferenz selbst Vorschub geleistet hätte.

## Deutschland stimmt dem Rüstungsfeierjahr zu.

In der Annahme, daß ... Die Reichsregierung hat das folgende, vom Reichsanwalt geschickte Schreiben an das Völkerbundsekretariat geschickt: In dem Schreiben, das die Völkerbundskonferenz erteilten könnte, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, dem am 29. September 1931 von der Völkerbundversammlung vorgeschlagenen einjährigen Waffstillstand anzunehmen. Sie tut das in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem Räte am 30. September dieses Jahres angenommenen Bericht entgegenliefe, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Mindestmaß hat herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Waffstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung einer ihrer letzten Aufgaben angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirksame

Rüstungsverminderung bei den hochgerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechtes auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

Ich bitte Sie, die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen von diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen.

## Dieser 31 Staaten für das Rüstungsfeierjahr.

Bisher haben 31 Staaten geantwortet, daß sie bereit sind, das Rüstungsfeierjahresabkommen zu genehmigen. Diese Staaten sind: Luxemburg, Ägypten, die Sowjetunion, Albanien, die Schweiz, Japan, Siam, Letland, die Tschechoslowakei, Belgien, Venezuela, Ungarn, die Niederlande, Australien, die Vereinigten Staaten, Griechenland, Schweden, Argentinien, Chile, Dänemark, Österreich, Spanien, Finnland, Italien, Norwegen, Kanada, Britisch-Indien, Irland, Deutschland, Rumänien und Frankreich.

Amerika macht den Anfang. Die amerikanische Regierung hat das Flottenbauferienjahr Montag in Kraft gesetzt. Es werden lediglich noch fünf seit längerer Zeit bestellte Zerstörer gebaut. Die Entscheidung wird jedoch hinauf, wenn der Völkerbund nach Eingang der noch ausstehenden Antworten das allgemeine Rüstungsfeierjahr nicht offiziell erklärt.

## Reichsbankrediskonkredit verlängert.

Bekanntlich hatte der Verwaltungsrat der RZB. in seiner letzten Sitzung beschlossen, seinen Anteil von 25 Millionen Dollar am Reichsbankrediskonkredit um weitere drei Monate, d. h. bis zum 4. Februar 1932 zu verlängern und gleichzeitig den weiter am Reichsbankrediskonkredit beteiligten Zentralnotenbanken Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, auch ihrerseits diese Verlängerung vorzunehmen. Nunmehr ist auch von den genannten Banken die Zustimmung zur Verlängerung um ebenfalls drei Monate erteilt worden.

## Die Parteien an der Arbeit.

Ihre Tätigkeit in den nächsten Wochen. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages tritt am Mittwoch zu einer Tagung zusammen, in der zunächst die Anträge über das Zugabewesen beraten werden. Am Freitag folgt der Sozialpolitische Ausschuß, am Montag nächster Woche der Städtewirtschaftsausschuß, dem die Richtlinien über die Erwerbslosienfestlegung zur Stellungnahme vorgelegt werden sollen.

Ebenso finden in den nächsten Tagen und Wochen in verklärtem Maße Beratungen der politischen Parteien statt. Am Dienstag hält die Fraktion der Wirtschaftspartei im Reichstag eine Sitzung ab, in der die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt werden soll, die am letzten Mittwoch wegen der Sitzung des Reichsausschusses der Partei nicht mehr beendet werden konnte. Am Donnerstag tagt im Reichstag der Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei, um zur gemeinsamen Lageberatung zu nehmen. Am Sonntag hält die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Mainz eine Sitzung ab. Am Montag tagt die deutschnationale Fraktion in Darmstadt und Mitte Dezember wird der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Tagung zusammenkommen, um zu den letzten politischen Entscheidungen im Reichstagsstellung zu nehmen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist zum 19. November einberufen worden. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich, sie enthält nicht weniger als 50 Einzelpunkte. Die Erledigung des Beratungskolosses wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen. U. a. werden die Anträge auf Einführung einer Penzionshöchstgrenze und auf Abänderung der letzten Novorderordnung behandelt werden.

## Brüning und Hitler.

Präsident Schreier über Zentrum und Nationalsozialismus.

In einer Zentrumsversammlung in Münster sprach Reichstagsabgeordneter Prälat Professor Dr. Schreier. Er führte u. a. aus, in der heutigen Lage sei der selbstmörderische Kleintrieb in Deutschland wenig verhandlich. Der Offene Brief Hitlers an Brüning sei ein Dokument der Selbstbehauptung, in dem der Wille zu einer politisch gerichteten Regalität ausgedrückt sei für ein Zusammengehen Brüning's mit Hitler sei zunächst eine innere Umkehr der im Nationalsozialismus herrschenden Meinungen erforderlich, eine wirkliche Scheidung revolutionärer und positiver Arbeit der Geister. Es müßten auch Garantien für eine regierungsfähige und ausgeglichene Politik in der Zukunft gegeben werden, die bis jetzt wahrhaftig noch nicht vorhanden seien. Es sei die Frage, ob der Nationalsozialismus künftig auf einer Politik der Fortschrittlichkeit beruhen werde, die moralischen Eroberung vorbeiehe werde. An sich wäre eine starke nationale Front aller Deutschen nur erwünscht. Ein hartes politisches Deutschland sei für die Politik des Jahres 1932 notwendig.

## Was der Völkische Beobachter sagt.

Unter der Überschrift „Brüning und Hitler“ bringt Gregor Straßer einen längeren Artikel im Völkischen Beobachter. Die Zerstückelung der Sozialdemokratischen Partei — nicht des sozialdemokratischen Arbeiters — sei das Hauptgebot der Stunde. Als das Kabinett Gernann Müller am Ende seiner Kunst gewesen sei, seien es leider die christlichen Gewerkschaften gewesen, die sich eifrig für Weimer betätigt hätten. Alles das sollte kein Vorwurf, auch keine prinzipielle Ablehnung der wertvollen Kräfte der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein, sondern nur das Zeichen einer politischen Arbeit in der Vergangenheit, die verloschen ausgehen werden müsse, sollte sie das eintreten, daß „was heute Feind ist, morgen Freund muß werden können, wenn das Leben des Volkes es gebietet“.

## Notgeld verboten!

Der Reichsminister der Finanzen veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger vom 31. Oktober eine mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft tretende Verordnung über Notgeld. Marken, Münzen, Scheine oder sonstige Urkunden, die als Ersatz für Geld ausgegeben werden; Schecks oder andere Anweisungen, wenn in den Vordrucke bereits beim Zeitpunkt ihrer Ausgabe ein Geldbetrag oder eine Menge anderer vertretbarer Sachen angegeben ist; sowie als Zahlungsmittel oder Kaufmittel verwendete Urkunden wie Warenscheine, Quanteile, Kaufschillinge dürfen nicht hergestellt, ausgegeben, weitergegeben oder angenommen werden.

Bereits ausgegebenes Notgeld wird innerhalb von einem halben Monat ungültig und ist zu vernichten. Zu vernichtenden Urkunden werden mit Ordnungsbüßen bis zu 10000 Mark oder Ordnungshaft bis zu sechs Wochen, unbeschadet etwaiger anderer strafgerichtlicher Verfolgung, geahndet.

## Erheblicher Steuerfahrlast.

Neuer Rückgang der Steuereinnahmen.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern sind im September wieder stark zurückgegangen. Es sind insgesamt nur 47 Millionen Mark an Steuern und Zöllen gekommen. Damit liegt für das erste Semester des Etatsjahres 1931/32 ein Ergebnis vor: Die Steuereinnahmen betragen 3,8 Milliarden Mark. Für das gesamte Haushaltsjahr sind aber rund 9 Milliarden Mark veranschlagt; auf das halbe Jahr entfielen also 4,5 Milliarden Mark, so daß sich jetzt schon ein erheblicher Fehlbetrag ergibt.

## 4,5 Prozent Lohnabbau.

Der Schiedspruch für die Gemeindefelder. Die im Reichsarbeitsministerium geführten zweitägigen Schlichtungsverhandlungen über die Gemeindefelderarbeiten endeten mit einem Schiedspruch, nach dem die Stunden-, Wochen- und Monatslöhne ab 1. November um 4 1/2 Prozent gekürzt werden.

## Nationalsozialistischer Wahlsieg in Mecklenburg-Schwerin.

Das Ergebnis, das nacheinander die Amtswahlen in Mecklenburg-Schwerin vorliegt, bestätigt von neuem, daß die Nationalsozialisten weitans an der Spitze in der Gunst der Wähler stehen. Große Teile der Mittelparteien, die früher die bürgerlichen Christlichen leisteten, haben sich auch in Mecklenburg-Schwerin wieder der Nationalsozialisten zugewandt, die an einzelnen Stellen einen hundertprozentigen Stimmenzuwachs aufzuweisen haben. In einigen ländlichen Bezirken sind nur Vertreter der Nationalsozialisten gewählt worden. Im Durchschnitt dürfte der Zuwachs der Partei etwa 60 Prozent betragen.

Auch die Kommunisten konnten ihre Stimmen etwas vermehren, während die Sozialdemokraten überall im Lande zurückgegangen sind. Sie haben Einbuße bis zu 30 Prozent gegenüber den Reichstagswahlen erlitten. Keiner der Amtstage hat mehr eine sozialistische oder sozialistisch-kommunistische Mehrheit; in zwei Ämtern haben Sozialisten und Kommunisten genau die Hälfte der Stimmen, alle anderen Parteien zusammen die andere Hälfte. Mecklenburg-Schwerin haben die Nationalsozialisten mehr Mandate als alle übrigen Parteien zusammen erhalten.

Wahrscheinlich ist ein 10prozentiger Stimmenzuwachs der Christlich-Sozialen Volksdienstes, der allerdings nur vereinzelt im Lande eine Liste aufgestellt hat.

## Ehrung deutscher Kriegsgefallener.

Am Sonntag vormittag legte der deutsche Gesandte in Brüssel, Graf von Verdenfeldt, auf dem Friedhof von Evreux bei Brüssel auf den deutschen Feldherrn mehrere Kränze nieder, wobei er eine kurze Ansprache hielt.

In Anwesenheit eines Vertreters des süßwässrigen Kriegsministeriums fand am Sonntag vormittag die all-Abendliche Gedenkstunde der Wehrmacht deutschen Kolonien auf dem deutschen Soldatenfriedhof bei Westrad statt. An zwei großen Grabmälern, die dort für die Soldaten errichtet sind, wurden mehrere Kränze niedergelegt. Die Gedenkstunde hielt der deutsche Gesandte von Haffel.

## Grubenexplosion in Schottland.

Zehn Tote.

Durch eine Explosion auf der Bowhill-Grube bei Doherty in der schottischen Grafschaft Fife wurden zehn Bergleute getötet.

Die Grube ist eine der größten in Schottland und hat eine Belegung von 1400 Mann. Die Morgenlicht hatte die Grube nachmittags gerade verlassen, als die beunruhigenden Bergleute eine Detonation hörten, die die ganze Ortschaft Vordogel erschütterte, so daß die Fensterbeiden flogen. Sofort füllten sich die Straßen mit Menschen und die Bevölkerung einer Gruppe Rettungsmaßnahmen organisiert sich und flüchtete hinab. Nach sechsstündiger schwerer Arbeit mußten sie jedoch wieder zurückkehren, ohne Erfolg gehabt zu haben. Weitere Rettungsmaßnahmen wurden hinausgeschoben, und nach vielen Stunden eifriger Arbeit gelang es ihnen endlich, in den Nachtstunden an die Unglücksstelle zu gelangen, wo sie zehn vollkommen verformte Leichen unter den Trümmern fanden.

Das Unglück ereignete sich 600 Meter unter der Erde. Am Eingang der Grube warteten Frauen unter Tränen auf weitere Nachrichten, bis sie endlich die Unglücksstunde erhielten. Das Unglück ist das größte, das sich jemals in dem Kohlenbergwerk von Fifeville ereignet hat.

## Sechs Militärflugzeuge abgestürzt.

Viele Todesopfer eines Konstruktionsfehlers.

In Buenos Aires sind sechs Militärflugzeuge bei Probeflügen abgestürzt. Die Maschinen waren entweder getötet oder verunndet. Die Flugzeuge waren von einer neugegründeten argentinischen Flugzeugfabrik in der Provinz Cordoba hergestellt. Die Arbeiter sollen auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen sein. Die Regierung hat sofort eine Untersuchung angedeutet.

## Die Honorarkürzung der Kassenärzte.

Die Neueinleitung von den Ärzten angenommen.

Der Verband der Ärzte Deutschlands nahm in seiner Hauptversammlung Stellung zu den Berliner Verhandlungen über die Neueinleitung des Beschlusses zwischen Ärzten und Krankenkassen. Die Verhandlungen waren überaus lebhaft, wobei sich eine starke Strömung gegen den neuen Vertrag geltend machte. Schließlich wurde dem Berliner Abkommen zugestimmt. In der angenommenen Entscheidung spricht die Ärzteschaft die Erwartung aus, daß angesichts der durch das Abkommen bedingten Verminderung der Einkünfte der Kassenärzte die Einnahmen der Ärzte aus ihrer Tätigkeit für die Träger der Sozialversicherung und der Fürsorge von der Gewerkschaften befreit werden.

## Sport vom Sonntag.

Fußball.

In Breslau mußte der bisher ungeschlagene FC. 08 im Kampf mit dem Breslauer SC. 08 einen Punkt abgeben, denn das Treffen endete unentschieden 1:1. In Niederösterreich haben sich die beiden Tabellenführer in Wien gegenseitig und Sport-Gründung gegenüber. Die Verhandlungen konnten ihre führende Stellung durch einen knappen 4:3-Sieg behaupten. Die beiden Tabellenführer in der Niederösterreich trennten sich gleichfalls unentschieden 0:0, so daß Borussia weiter der Meister bleibt. In der Liga.

Die fübdeutschen Fußballmeisterschaftsspiele brachten am Sonntag eine ganze Reihe von Überraschungen. So besiegten die Bayern, wo sowohl 1. FC. Nürnberg als auch SV. Rüst gelassen wurden. Der Sieg hatte in Würzburg anzutreten und erlitt eine 1:2 (1:1)-Niederlage. Der SV. Rüst übertraf die Bayern einen sehr abweichlichen, aber übermäßig harten Kampf, in dem Rüst dem Bayern einen 2:1-Sieg überlassen mußte.

In Schwaben siegten die Tabellenführer München 1900 mit 5:2 über Straubing und die Bayern mit 6:0 über Tengen. In Westfalen konnten die an der Tabellen Spitze stehenden Vereine Borussia-Duisburg, FC. Dortmund und 1. FC. Borussia sowie Union-Bedingen nur unentschieden spielen.















fließen wollten. Nach der Vernehmung Fangel's wurde noch einmal

Schwefer Hoffmann

kurz verhört. Sie erklärt, daß seine Bekanntschaft irgend etwas verdächtig habe, um die Fütterung mit dem Calmette-Mittel durchzuführen. Sie selbst hätte volles Vertrauen zu Dr. Althaus und Professor Dr. Dehde gehabt. Dann wurde der

Präsident des Reichsgesundheitsamtes,

Dr. Hamel, weiter vernommen. Er kam zunächst auf die Zentralaushscheidung zurück, die nur sachliche Vorarbeiten für die Zentralkonferenz in Oslo zu erledigen hätte. Dann äußerte sich zu den Verfassungen und wissenschaftlichen Arbeiten des vom Reichsgesundheitsamt im Jahre 1924 eingeleiteten Unterausschusses für das Calmette-Verfahren und erklärte, daß diese Verträge laufend weitergeführt worden seien. Bei Eintritt des Lübeckers Unglücks seien sie allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen gewesen.

Sklare-Prozess.

Leo Sklare war kein „Schriftgelehrter“.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt dann das Darlehen zu dem Bruder Sklare an Stadtkämmerer Lange zur Sprache, das zunächst auf 500.000 Mark lautete, dann aber auf 300.000 Mark herabgesetzt wurde. Dieses Schreiben soll nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der kommunistische Stadtrat Degener entworfen haben. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß also Degener als Stadtrat an sich selbst geschrieben habe. Stadtrat Degener befreit das zwar, gibt aber zu, einige Verbesserungen vorgenommen zu haben, da Leo Sklare kein großer „Schriftgelehrter“ gewesen sei. Nach der Vernehmung des Stadtmrates S a l o m o n s t i t wird ihm die Verhandlung am Sonntag vormittag vertagt.

Wieder Revolution in Brasilien.

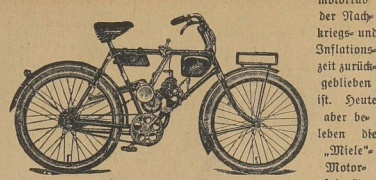
London. Im Pernambuco ist eine Revolution ausgebrochen. Aus der Stadt werden heftige Kämpfe und Verfälle unter der Bevölkerung gemeldet. Die Bewegung soll sich nach dem Süden ausbreiten. In verschiedenen Straßen rechnet man mit der Errichtung einer Militärdiktatur.

Hände hoch!

Samburu. Vier Männer mit schwarzen Salbmassen betreten ein Rettungszug in der Gegend. Hinter dem Schalter befinden sich der Filialleiter (Sinn) und ein Angestellter, während sich in dem Vorraum etwa 20-25 Kunden aufhielten. Die Eindringlinge riefen sofort „Hände hoch!“ und forderten von dem Filialleiter die Herausgabe seiner Briefkästen. Darauf gaben die Eindringenden Schüsse aus ihren Revolvern ab und ergriffen die Flucht. Durch einen Schuß wurde der Filialleiter tödlich getroffen. Die Täter konnten auf der Flucht gefangen werden.

Ein Wunsch vieler, der in Erfüllung ging.

Sie waren plötzlich da; zuerst vereinzelt, gleichsam als mühten sie ein Vorurteil beseitigen, das von dem ungewürdigten „Eichmotor“ der Nachkriegs- und Inflationszeit zurückgeblieben ist. Heute aber erleben die „Miele“-Motorfahrer



mit „Sachs“-Motor wesentlich das Straßenbild.

Wer sich für die Konstruktions Einzelheiten interessiert, der steht bald, daß alle Voraussetzungen für sicheres und bequemes Fahren und lange Haltbarkeit erfüllt sind. Die Ballonbereifung

Ein Schlepplag aus Leningrad in Soltau eingetroffen.

Hiel Ein Schlepplag, bestehend aus dem Schlepplag „Johann Schult“ und den beiden Leigern „Untermerse XVII“ und „Matthias“, kam aus Leningrad in Soltau an. Drei Mann der Schlepperabteilung wurden in Hiel abgestellt. Am Freitag wird ein weiterer Schlepplag mit Schleifern erwartet. Die Verträge werden nicht mehr vor dem bevorstehenden eingetragenen Schmelzgericht, sondern im gewöhnlichen Strafverfahren erledigt. Bisher sind 83 Mann dem Schmelzgericht zugeführt worden. 67 Angeklagte wurden zu insgesamt 106 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der beschämte Mantel des Bankrotten.

Berlin. Im Schalterraum der Seebahn wurde ein älterer langbeiniger Herr durch einen in letzter Zeit mehrfach angewandten Text um eine erhebliche Summe betrogen. Der Bankrotte hatte am Schalter einen Barbetrag von 8000 Mark begehrt und diesen zusammen mit einem Barbetrag von über 15.000 Mark in eine schwarze Aktentasche gelegt, als er von einem unbekannten Manne darauf hingewiesen wurde, daß sein Mantel beschmüzt sei. Der Vole legte die Tasche auf dem Schaltertisch nieder und reichte seine Aktentasche. Dieser Augenblick genigte dem Fremden, die Aktentasche mit dem wertvollen Inhalt durch eine ähnliche zu erziehen und umbehaltig zu entfernen. Der Bankrotte konnte rechtzeitig gesperrt werden.

Edisons Nachlaß.

28 bis 40 Millionen Mark.

Aus New York wird berichtet: Genaue Angaben über die Höhe des von Edison hinterlassenen Vermögens lassen sich nicht machen, da die Werte in den verschiedenen industriellen Unternehmungen liegen. Doch wird der Nachlaß auf sieben bis zehn Millionen Dollar geschätzt. Sämtliche Erben sind Edisons jüngere Söhne Charles und Theodore. Seine anderen vier Kinder sind im Testament nicht erwähnt. Wohlthätiger oder religiöser Vereinigungen hat Edison nichts vermacht.

Im übrigen hat sich bereits eine Gesellschaft aus Henry Ford und den sechs Kindern Edisons gebildet, um die letzte Erringung des verstorbenen Erfinders, die Vervollständigung von synthetischen Gummi, auszuführen.

Rußlands Schritt in Ostia.

Das russische Außenministerium hat den Vostokminister Drojanowski angeordnet, den japanischen Außenminister darauf aufmerksam zu machen, daß weitere japanische Aktionen in der Nordmandschurei und besonders im Gebiet der chinesischen Ostbahn, zu einer Verschärfung der russischen Lage führen würden. Die Sowjetregierung ist vor allem daran interessiert, daß japanische Truppen nicht in das Gebiet der chinesischen Ostbahn vordringen.

Das japanische Kriegsministerium hat die 8. Infanteriedivision in Zsuruga zum Übertransport nach China bestimmt, die zur Bildung einer neuen Schutztruppe auf der Südmandschurischen Eisenbahn benötigt wird.

gibt im Verein mit der vollkommenen Vordergabelfederung und der soliden Rahmenkonstruktion dem Rade die erforderliche Festigkeit, gute Wölbung und Elastizität. Der Motor bedeutet mit seinem Gewicht von ca. 8 Kilogramm kaum eine Belastung; er hat ein Zweiganggetriebe mit Vorderrad Lamellenkupplung, leistet 1 1/2 PS. und verbraucht auf 100 Kilometer etwa 2 Lit. Benzin.

Mit einem Rennrad hat das neue Verkehrsmittel natürlich nichts zu tun. Auch die Soziasbraut muß dahinter bleiben oder sich auf das „Miele“-Damenrad mit Hilfsmotor schwingen. Gerade den Damen wird jetzt zum ersten Male ein erstklassig-motorisiertes Fahrrad geboten.

Die Höchstgeschwindigkeit ist 30 Kilometer in der Stunde, also für denjenigen, der schnell und sicher über Weg kommen will, vollkommen hinreichend.

In der Stadt ist das Zweiganggetriebe von größtem Nutzen. Man vermag mit dem Rade so langsam zu fahren, wie man gehen kann; es gestattet das gute Ausgaberemmen, aber auch ein Vordringen, wenn es erforderlich erweist. Die langsame Fahrt empfiehlt sich besonders auf schlechten Straßen und in Sandwegen.

Alle hatten ihre Freude an der Ausstellung der Cropsischen lebensgroßen Figuren, die sich so komisch bewegten und allerlei ergötzliche Szenen darstellten. Das kleine Marietchen trug vor Vergnügen über das Puppenbühnen, und die Großen vergnügten sich im Tunnel, wo Theater war und es gar willkürliche Kutschen mit Schlagschlägen gab. Gogar die lauerstischen Mienen der Enten hatten sich aufgehellt, und auch auf Dorchens Antlitz hand ein halbes Lächeln. Sie war jung, der alte Weihnachtsbaum stand in ihr Herz. Verträumt dachte sie, als sie im Schilfen heimwärts fuhr, wie es einst gewesen, als sie an Eberhards Hand über den Christmarkt gewandelt. Wie lange war das her? Und die herrlichen Pfefferludchenherzen, die er ihr von seinen Sparfennigen gekauft hatte!

Durch Zufall waren Henriette, Demis, Andreas und Dorchchen in einen Schritten geraten. Bebercht Bauer fuhr mit seinen Schwestern und dem kleinen Marietchen. Er wollte sich den Schwestern gegenüber besonders lebenswürdig zeigen, was die beiden alten Mädchen in ihrer Ansicht beharrte, daß Bebercht seinen Bestand verlieren hatte. Demis und Andreas saßen Henriette und Dorchchen im Schilfen gegenüber. Aus den düstern Felgen schauten die blauen Gesichter der Frauen. Demis sah hoch Dorchchen an, die so still und hold, mit einem weichen Säugeln um den Mund, ihm gegenüber in den weichen, zauberlichen Winterabend träumte. Andreas Augen hing an Henriette, die sich vorhin bei stoll besonders lebhaft und lebenswürdig um die Enten bemüht hatte. Er hätte wohl, daß sie hätte sie irgend etwas mit ihm war, doch er war ihr immer ungewissen. Seit Wochen tat er das, oft unbewußt, aber meist auch mit Uebelgehung und dem festen Willen, es nicht zu einer Aussprache kommen zu lassen.

Jetzt war er ihr dicht gegenüber. Oft flatterte der lange Schleiter von ihrem Dute zu ihm herüber, und es war ihm, als ströme eine Duftwolke über ihn hin. Demis redete leise auf Dorchchen ein, und sie antwortete. Wie aus weiter Ferne berührten Andreas die Stimmen. Er horchte in das blaue

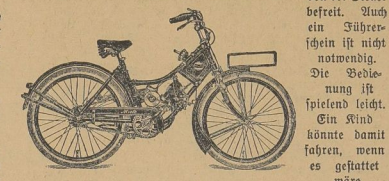
Zum Merken.

Schutz der Küsten. Beim Umgraben oder Abgraben des Gartens wird man sehr oft auf häßliche Frühen mit acruem, wazigen Körper und grell gefärbten Augen treffen. Meist werden diese ekelhaften Tiere mit einem Spatenstich getötet. Das sollte man aber nicht tun. Der Gartenbesitzer ist damit nur einen feiner Gartenplästchen der ihm durch die Verbringung von Engländern, Eiern, Larven, Puppen und ausgebildeten Pflanzlingen die sich im Boden befinden wertvolle Dienste bei der Schädlingsbekämpfung leistet. Jeder wackere Gartenbesitzer wird sich daher nicht an das Aussehen dieser Tiere lassen und sie am Leben lassen. Er tut nur gut daran. In England führt man Küsten für teures Geld ein und legt sie in den Gärten als die erfolgreichsten Bekämpfer der Wackelwürmer bei den Samenbeeten aus.

Table with 2 columns: Description of pig breeds and their weight in kilograms. Includes entries for 'Besteiner Schlagschwein', '2. sonstige vollfleischige', '3. fleischig', '4. gering genährte', '5. Kühe', '6. Ferkeln', '7. Sauen', '8. Ferkeln', '9. Ferkeln', '10. Ferkeln', '11. Ferkeln', '12. Ferkeln', '13. Ferkeln', '14. Ferkeln', '15. Ferkeln', '16. Ferkeln', '17. Ferkeln', '18. Ferkeln', '19. Ferkeln', '20. Ferkeln'.

Einem ganz besonderen Reiz bieten die Wanderfahrten. Im Gebirge nimmt das Rad bequem Steigungen bis zu 18 Prozent. Will man aus irgend einem Grunde den Motor nicht laufen lassen, dann ist es eine Kleinigkeit, das „Miele“-Motorrad wie irgend ein anderes Fahrrad zu treten.

Erfreulicherweise ist das „Miele“-Fahrrad mit Hilfsmotor von der Steuer befreit. Auch ein Führerschein ist nicht notwendig. Die Bedienung ist spielend leicht.



Die vielen „Miele“-Motorfahrräder, die man heute schon sieht, legen den Beweis dafür ab, daß sie schon sehr gut eingeführt sind.

Die goldene Brücke

Roman aus der Wiederkehrzeit von Annu Wolfe.

27. Fortsetzung

Mit Rührung und Freude verfolgte er das stille Weichen Henriettes um die Liebe seiner Kinder, und er zürnte Andreas, daß er Henriette noch immer auswich, und er zürnte mit Dorchchen, daß sie Henriette gegenüber unentwegt ihre Unnahbarkeit behauptete.

Dem Weihnachtsfest lag er mit Fröhlichkeit entgegen. Es sollte dieses ein schönes Fest werden, auch für seine allzuden Schwwestern, deren einmüde Juristengesehtheit ihm doch oft schwer auf die Seele fiel. Und den kleinen Marietchen erst, dem sollte der Weihnachtsmann allerlei Wunderdinge befehlen.

Bebercht Bauer war ganz erfüllt von Gesehfreundlichkeit. Er hatte, wenn auch nicht eingestanden, das Gefühl, als müsse er gutmachen, als müsse er Weihnachtsanzug in die Szenen der Enten tragen. Wie sonst hatte er das erträgt. Für Henriette, ja, da hatte er stets gern geopferr, nur an die anderen hatte er nicht gedacht.

„Er ist wirklich nützlich geworden, der Bebercht“, verächtliche Furchen ihrer Schwestern Wäldchen, wenn wieder von neuem eine Pfandberg-Prozesse vor dem Saute hielt und Bebercht Bauer, in seinem Reiz schüchtern, auswich, und der Hausdiener unglückliche Päckchen und Schachteln aus dieser Prozesse in Säus trug.

Und dann geschah das Unglückliche: Bebercht Bauer fuhr mit seiner ganzen Familie — selbst die Tanten mühten mit — in mehreren Schritten zur Weihnachtsausstellung bei Kroll. Das Kroll'sche Etablissement lag damals ganz einsam im Tiergarten, wie tief im Walde versteckt. Mit Schellengeleut ging es durch tiefen Schnee. Das hellerleuchtete Kroll'sche Gebäude strahlte ihnen schon weithin wie ein Feenpalast entgegen.

Antlich Henriettes, ihre sammelschwarzen Augen, die mit solch seltsamem Ausdruck auf ihn gerichtet waren. Mehr und mehr fühlte Andreas seinen Widerstand schwächen. Ihm war, als jagen ihn tausend Fäden zu der Frau, vor der er stehen mußte bis ans Ende der Welt.

„Heute wird das letzte Adventslicht bei uns angezündet, Andreas“, begann Henriette plötzlich leise, „Wirst du wieder nicht dabei sein?“ Witten hoben sich die düstern Augen zu ihm auf.

Er schüttelte den Kopf. „Nein, Henriette, zu den Adventslichtern gehört Weihnachtsstimmung, ich habe sie nicht.“ „Kannst du denn nicht verstehen?“ murmelte sie leise, mit einem schneuen Seitenblick auf Dorchchen und ihren Verlobten. Andreas antwortete leise. „Ich habe verstanden, weil ich es wollte“, antwortete er.

Er fuhr — sie fuhren gerade durch das Brandenburger Tor — beim Schöne der Laternen, daß eine flehe Note in Henriettes Gesicht lag.

„Du bist alles Wollen umsonst“, rante sie leise. Andreas schwieg. Sein Blut freute, und rote Wollen flatterten ihm vor den Augen. Was hatte Henriette damit sagen wollen?

Der Schilfen faule die Wilhelmstraße hinunter und bog, über die Leipziger Himmeg, gleich darauf in die Friedrichstraße ein. Überall erlauchtete Fenster, tausendfache Wäldchen, frohes Weihnachtsstrahlen. Sinter ihnen kinnelien Schilfenengeln und er hörte Marietchen's jauchende Stimme, die nach Dorchchen rief. Bald darauf hielten die Schilfen vor der Apotheke.

Andreas half Henriette beim Aussteigen. Sie glitt aus und im selben Augenblick hielt er sie festandend in seinen Armen. Wäld schlugen beider Herzen aneinander.

„Du mußt mir helfen.“ „Am es tonlos von Henriettes Lippen, „mum ich das Leben ertragen soll.“ Bebercht Bauer trat hinzu. „Hast du die wirge getan, mein Herz?“ fragte er beforzt. „Sie ist ja zu ihm auf. „Wehe?“ fragte sie bitter, „nein, mit tut nichts mehr weh.“ (Fortsetzung folgt.)



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
 Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
 Bestellungen nehmen alle Postämter und die Besteller, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 3, entgegen.  
 In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung ufm. rüchert jeder Anspruch auf Lieferung gegen Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches  
**Publikations-Organ**  **für Amts- und  
 Gemeinde-Behörden**

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im reklameteil 30 Goldpfennig, einfach, Umplacieren, Schmelzen und tabellarischer Satz mit Zifferdruck.  
 Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr. Adresse: Zeitung Annaburgbesohale.

Nr. 131.

Dienstag, den 3. November 1931.

34. Jahrg.

## Frankreichs „unvergleichliches Ansehen“

Sieht das nach Verhängnis aus?  
 Der deutsche Botschafter in Paris von Hoersch ist nach Entgegennahme von Anträgen der Reichsregierung an seinen Wirkungskreis zurückgetreten. Er wird dort die Fühlung mit dem französischen Ministerpräsidenten aufnehmen, um zu hören, was dieser aus Amerika mitgebracht hat. Allerdings wird ihm Laval die soeben veröffentlichten Vorschläge wohl erst fernieren, nachdem sie durch das französische Kabinett die Frankreich genehme Fassung erhalten haben. Es hat den Anschein, als ob Frankreich aus den vorliegenden Hoover's für sich den Auftrag entnimmt, die europäischen Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Es dürfte diese Auffassung dazu beitragen, seine Segemonie für Europa noch mehr zu verstärken und die anderen europäischen Staaten, besonders Deutschland, werden gut tun, scharf darauf zu achten, daß ihnen das Geleit des Handels nicht von Frankreich aus den Händen genommen wird und sie auf Wege gedrängt werden, deren Ziel letzten Endes nur die „Glorie“ Frankreichs ist. Frankreich, so hat Laval erklärt, muß jetzt sein unvergleichliches Ansehen ausüben, das es zurzeit in der Welt genießt. Das hängt höchst verhängnisvoll und macht zur Vorsicht. Was sonst an Stimmen über die wahrheitsliebende weitere Politik Frankreichs in der Reparationsfrage aus Paris zu uns dringt, nicht auch nicht gerade danach aus, als ob die „Verhandlung“, so ganz leicht und schmerzlos für Deutschland vor sich gehen sollte. Zu der angeblichen Abicht Laval's, den größeren Teil der Tribute weiterhin durch Sachlieferungen zahlen zu lassen, verlaute aus Paris, daß diese Sachlieferungen insbesondere für die Durchführung eines Kolonialprogramms in dem großen Maß Vermeidung finden sollen. Dem französischen Vorschlag, die deutschen Verhältnisse in der Reparationsfrage für die kommenden Verhandlungen bei, Deutschland nur in Frankreich die Überzeugung festzuhalten, daß Deutschland nur eine sofortige Erleichterung seiner Lage wünsche, werde sicherlich eine Reaktion selbst gegen die geringsten Zugeständnisse einleiten. Sobald aber Anhaltspunkte für eine deutsche Vermeidung der Reparationsfrage zu erkennen, sind die französischen Mitarbeiter zu unteruchen, was beim Reich in Berlin nicht geschehen sei, so bestände Grund zu der Annahme, daß man französischerseits noch einmal zu einem Versuch bereit sein werde, eine wirkliche und dauernde Annäherung herbeizuführen.

Aus dieser Verlaubarung klingt deutlich die Abicht Frankreichs hervor, jedes wirtschaftliche Zugeständnis mit politischen Forderungen zu verknüpfen. Dies dürfte eine wirkliche und dauernde Annäherung allerdings nicht gerade erleichtern. Auch der geradezu frivole Ton, mit dem ein Teil der Pariser Presse über die bittere Not Deutschlands spricht, zeigt, daß große Teile der Franzosen in gefährlichem Dünkel noch nichts aus dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft gelernt haben. So wirft eine Pariser Zeitung die Frage auf, wie es möglich gewesen sei, daß das ausländische Kapital nicht weniger als 28 Milliarden Mark in Deutschland angelegt habe. Im allgemeinen pflegen die Banken doch nur reichen und sicheren Leuten Geld vorzuschießen. Ihre Großzügigkeit gegenüber Deutschland sei daher unverständlich. Man wisse jetzt wenigstens, was das Geld der englischen und amerikanischen Sparher geblieben sei: man habe es dazu benutzt, um in Deutschland großartige Amtspaläste zu errichten, „ultra-komfortable“ Arbeiterhäuser zu bauen, Verkehrswege anzulegen und hochmoderne Fabriken zu schaffen. Die ausländischen Mittel hätten also dazu gedient, die deutsche Wirtschaft übermäßig auszurichten. Vermutlich habe Deutschland seine Wirtschaft gegenüber dem Ausland nicht zu dem Reich in der Lage, überall als Weltbewerber aufzutreten, nehme sie jedoch eine ungünstige Wendung, dann solle sich Deutschland einfach auf den Standpunkt, daß es von seinen Kriegsschulden befreit und mit neuen Krediten unterstützt werden müsse. Der letztere Fall ist denkbar.

Das sind die Klagen, mit denen Frankreich die Verhandlungsverhandlungen einleitet; sie klingen nicht nach Friedensgläubigkeit. Die deutschen Unterhändler mögen auf der Hut sein. Sie sind gewarnt!

## Lavals Ankunft in Paris.

Ministerpräsident Laval ist in Paris eingetroffen. Obwohl im Bahnhofgebäude selbst wie vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die den Ministerpräsidenten freundlich, jedoch ohne Begeisterung begrüßte. Da die starke politische Absorption und das Gedränge auf dem Bahnhof die ganze kurze Begrüßungszeremonie kaum beobachten ließ, wurden nur vereinzelte Sprüche laut. Unter den Anwesenden bemerkte man die Mitglieder des Kabinetts mit Ausnahme des sich noch auf seinem letzten befristeten Amtsentlassungs-Bericht sowie einige Mitglieder des Diplomatstabs.  
 Der deutsche Botschafter von Hoersch ist mit dem Vorbericht wieder in Paris eingetroffen. In seiner Vertretung hat Botschaftsrat Dr. Forster auf dem Friedrichhof in Bagneur Montrouge zum Gedächtnis der im Weltkrieg an französischem Boden gefallenen deutschen Frontkämpfer einen Kranz niedergelegt.

## Zuerst Regelung der Privatschulden.

Die in der Reichshauptstadt aus Paris vorliegenden Meldungen lassen jetzt deutlich die Abicht Laval's erkennen, die Behandlung der Tributfrage nur auf der Grundlage des Youngplans zuzulassen. Das bedeutet, daß die französische Regierung auf der Einberufung des Sonderausschusses der WZ besteht, dessen Kompetenzen nicht ausreichen, um zu einer Totallösung des Reparationsproblems zu gelangen. Einstweilen werden in der Wilhelmstraße diese eindeutigen Pariser Meldungen kommentarlos registriert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß über Reparationsfragen verbindlich erst dann gesprochen werden kann, wenn die Stillhalterfragen so geklärt sind, daß die deutsche Wirtschaft wieder volle Bewegungsfreiheit erhält. In diesem Zusammenhang findet in politischen Kreisen eine Meldung von Wort der „Je le France“ Beachtung, nach der

Laval beabsichtige, im Dezember eine Konferenz der Gläubiger Deutschlands nach Biarritz einzuberufen. Der Kurs der deutschen Außenpolitik ist in der Richtung, auf einer großen in Schulden- und Reparationskonferenz zunächst die kurzfristigen Kredite vordringlich zu lassen. Eine einfache Vertagung des Jahres würde selbstverständlich keine tragbare Lösung. Es muß vielmehr dafür Sorge getragen werden, die Rückzahlung und Verzinsung der kurzfristigen Kredite auf einen so langen Zeitraum ausgedehnt, eine Erleichterung der deutschen Wirtschaft. Es liegen hier bereits verschiedene Vorschläge den einen von Geheimrat Schmitt von Farben stammt; zwei weitere Pläne französischen Ursprungs glauben, Deutschland einer Milliarde für die Tilgung der kurzfristigen Kredite.

## Deutscher Tilgungsvorschlag

In politischen Kreisen verlaute, daß der Vorschlag dahin gehen wird, sieben Milliarde Kredite innerhalb von zehn Jahren in Höhe von 700 Millionen Mark zurückzuführen. Demnach werden die schwebenden kurzfristigen rund 11,5 Milliarden Mark getilgt, davon 4,5 Milliarden entweder als Kambourst auf einer Weise, daß sie sich den Stillhalter aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen können. Für die restlichen 7 Milliarden muß ein Zahlungsmodus gefunden werden, der mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden kann.

## Demonstrationsverbot für ganz Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat alle Anträge und Demonstrationen unter freiem Himmel für ganz Preußen von heute ab bis auf weiteres verboten.

## Das große Kästelraten.

Nach dreiwöchiger Abwesenheit hat der französische Ministerpräsident Laval den Boden seiner Heimat wieder betreten und er hat bereits antwortend lauter, daß die französische Politik sehr schnell aus den Ergebnissen seiner französischen Reise alle Folgerungen ziehen werde. Diese Ergebnisse sind, auf eine kurze und ganz unpolitische Formel gebracht, vor allem die, daß Frankreich in der Behandlung der Reparationsfragen und hinsichtlich der interalliierten Schulden völlig freie Hand hat. Auch Amerika gegenüber; denn theoretisch ist Frankreich zwar verpflichtet, auf Grund des Mellon-Berengerischen Abkommens seine Schulden aus dem Weltkrieg an Amerika allmählich abzubezahlen, aber in Wirklichkeit wird Amerika von Frankreich an der Hand der 600 Millionen Dollar kurzfristig fälliger Anlagen gehalten, die man von Paris aus täglich kündigen oder, je nach der politischen Situation, auch stehen lassen kann. Wenn also Amerika sich als „uninteressiert“ an der Entwicklung der Reparationsfrage erklärte, so erfolgte das, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Reichsregierung unter Pariser Botschafter von Hoersch bei seinem Aufenthalt in Berlin auch nur die Weltplanung mit auf dem Wege geben konnte, dieser von Frankreich absolut beherrschten Situation Rechnung zu tragen. Laval hat ja nicht bloß erklärt, daß ein Eingreifen Hoover's in die Reparationsfrage, wie er es durch sein mit ihm und Koeh durchgeführtes „Reisejahr“ veranlaßt, in Zukunft völlig unterbleibe, sondern er hat sich hinsichtlich der amerikanischen Forderungen an die interalliierten Schuldner rechtlos dem französischen Vorgehen auch für die Zukunft vollständig unbedingend unterworfen. Man kann dies vielleicht zugespitzt in die Formel zusammenfassen, daß man sagt, die Franzosen werden keinen Fennig ihrer Schulden an Amerika bezahlen, den sie nicht vorher von Deutschland erhalten haben. Das war ja auch bisher schon der Fall, weil im Young-Plan die interalliierten Schulden unmittelbar mit den deutschen Tributleistungen verknüpft waren; aber theoretisch war auch der Young-Plan wieder eine Über-einkunft, die rechtlich für Amerika nicht bestand. Waren doch auch die Zahlungen Deutschlands an Amerika ausgenommen und erfolgten die Zahlungen zwischen dem Mann man vielleicht als das weltweite Resultat der Höhe, der Neu-Organisation der interalliierten Reparationsleistungen des Young-Plans hin vorberem mit allem einmal bringt also die Weltweit mit Franzosen die Grenzen der Welt sein werden.

Es ist wohl anzunehmen, weil die Möglichkeit deutscher Tributleistungen hier aber auch nur für das Wunsch- und darf deutscherseits allerdings daß die französische Regierung bei ihr einmal an die Bestimmungen des Young-Plans über die Erfüllungsorte oder die Höhe in Gang zu bringen, die Eingebenen Sachverständigenaus-schusses selbst hat dies ausdrücklich noch während seiner Kitzelrie anormale Methode des festhalten eine gesetzliche Regelung, nämlich vorgeschlagen erfolgt werden, und die Hooverischen Moratorien und Bestimmungen des Young-Plans ist nicht bloß absolut klar und unüberwindlich, auch eine Weltplanung den Weg des Young-Plans, wenn es überhaupt zu Verhandlungen über die Reparationsfrage kommen will.

Und nur Deutsche werden uns wohl auch bewegen diesen Weg des „Rechts“ — des geschriebenen, im Saag besiegelten und theoretisch niemals außer Kraft gesetzten natürlich — schon deswegen kaum erparren können, weil im Saager Protokoll die bestimmte — Sanktionen — abgehandelt wurde für den Fall, daß Deutschland ohne irgendeine andere Abklärung etwas unternimmt, was den Willen erkennen läßt, den Neuen Plan zu zerstören“. Derartige haben wir einmal unterschrieben, aber es gibt keine deutsche Regierung, die das gleiche bei einer offiziellen Abänderung des Young-Plans, bei einem

